

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Brosz, Freundinnen und Freunde

betreffend Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahl auf 25

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (1410 d.B.): Bundesgesetz, mit dem zur weiteren Deregulierung des Bundesrechts Rechtsvorschriften des Bundes aufgehoben sowie das Publizistikförderungsgesetz 1984, das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz 1994, das Heeresgebührengesetz 2001, das Strafvollzugsgesetz, das Bewährungshilfegesetz, das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, das Richtwertgesetz, das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Spanische Hofreitschule-Gesetz, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Waffengebrauchsgesetz 1969, das Bundes-Schulaufsichtsgesetz, das Schulorganisationsgesetz, die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Schulzeitgesetz 1985, das Akademien-Studiengesetz 1999, das Schulunterrichtsgesetz, das Schulpflichtgesetz 1985, das Bildungsdokumentationsgesetz, das Mineralrohstoffgesetz und das Erste Bundesrechtsbereinigungsgesetz geändert werden (Deregulierungsgesetz 2006 – DRG 2006) (1549 d.B.)

Begründung

Die KlassenschülerInnenzahlen in Österreich steigen massiv. Annähernd 10 Prozent der SchülerInnen sitzen in Klassen, die über der gesetzlich definierten KlassenschülerInnenhöchstzahl von 30 Personen liegen. Klassen mit über 30 SchülerInnen ermöglichen kein Eingehen auf die einzelnen SchülerInnen und sind für die LehrerInnen unzumutbar. Auch integrative Maßnahmen und Präventionsarbeit sind kaum durchzuführen. Von Seiten der Elterninitiativen und vieler LehrerInnen wird deshalb zu Recht eine Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahlen auf 25 im Pflichtschulbereich eingefordert. Die Senkung der KlassenschülerInnenzahlen ab Schulbeginn 2006/07 muss oberste Priorität haben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLISSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, unverzüglich eine Bedarfserhebung durchzuführen, wie viele zusätzliche Pflichtschul-Klassen durch die Senkung auf max. 25 Kinder pro Klasse eröffnet werden müssen. Die erforderlichen Dienstposten sind im Juli 2006 zu genehmigen.

Bis Ende der Sommerferien hat die Bundesministerin Schulen über die neu zu bildenden Klassen und die Zuteilung von zusätzlichen LehrerInnen zu informieren sowie die Dienstposten auf die Länder zu verteilen.

Die Bundesministerin wird außerdem aufgefordert, dem Nationalrat unverzüglich Vorschläge über die Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahlen auch in höheren Schulen zu unterbreiten.